

## **Christliche Werte als Richtschnur politischen Handelns?**

**Jürgen Gansäuer M.A.**

**Landtagspräsident a.D.**

**Goslar, 9. November 2017**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Anrede,

ich freue mich, dass wir uns heute die Zeit nehmen, hier in der alten Kaiserstadt Goslar einen Blick auf einen Kompass zu werfen, den uns die Frauen und Männer, die an diesem Ort im Jahr 1950 am ersten gesamtdeutschen Parteitag der CDU teilnahmen, hinterließen. Kundige wissen, dass es nicht sehr viele Städte gibt, die mit der mittelalterlichen Geschichte so eng verbunden sind, wie die 1290 zur freien Reichsstadt erhobene Stadt Goslar, in dessen schönster Ortschaft Hahnenklee-Bockswiese ich 1944 geboren wurde. Die Themen der 1950 gehaltenen Referate spiegeln bereits die inhaltliche Orientierung der Christlich Demokratischen Union wieder, die in ihrer Schwerpunktsetzung auch heute noch von überragender Bedeutung sind. Konrad Adenauer sprach über das Thema **„Deutschlands Stellung und Aufgabe in der Welt“**. Es folgten die Referate **„Der kulturelle Auftrag der CDU“**, **„Der europäische Auftrag der CDU“**, **„Der soziale Auftrag der CDU“** und **„Die CDU und die Wirtschaft“**. Wir sehen, die Befassung mit diesen Inhalten war damals wichtig und sie ist es bis heute geblieben!

Die Entscheidung für den Tagungsort Goslar war offensichtlich mit Bedacht gewählt, denn die Stadt war im 11. und zu Beginn des 12. Jahrhunderts das Zentrum des von Kaiser Otto dem Großen (912-973) begründeten römisch-deutschen Reiches. In der Blütezeit der Pfalz, wenige Meter von unserer heutigen Tagungsstätte entfernt, haben die Salierkaiser Reichstage abgehalten und Recht gesprochen. Nachgewiesen sind allein über dreißig Aufenthalte des von Reichskanzler von Bismarck im Kulturkampf gegen die katholische Kirche gern herbeigezogenen sogenannten „Canossakaisers“ Heinrich IV. (1050-1106). Wenn die Grundmauern der Kaiserpfalz erzählen könnten, würden sie über Könige, Fürsten und einen Papst berichten, die hier ein- und ausgegangen sind und sie würden davon erzählen, dass sich der Hildesheimer Bischof mit dem Abt von Fulda um den besten Platz in der Nähe des Kaisers eine veritable, handgreifliche Prügelei geliefert hat.

Motor der Anziehungskraft Goslars aber war etwas sehr profanes, nämlich das Erz des Rammelsberges, an dessen Ausläufer wir uns hier befinden. Seine Schätze sind bereits seit dem 3. Jahrhundert n. Chr. nachgewiesen und waren, so wie das Salz in Lüneburg, über Jahrhunderte hinweg eine Art Gelddruckmaschine, von der wegen der Transporte auf der Oker insbesondere auch die alte Löwenstadt Braunschweig profitierte.

Das heutige Pfalzareal verweist aber nicht nur auf eine bemerkenswerte Vergangenheit, sondern ist auch ein Paradebeispiel dafür, auf welcher subtilen Art und Weise Geschichte so lange hin- und hergebogen werden kann, bis sie zu der eigenen politischen Überzeugung und Zielsetzung passt. Es ist leider nicht nur, aber auch eine deutsche Wesensart auf diese Weise mit der eigenen Vergangenheit umzugehen und sie je nach Opportunität zurecht zu stützen. Bereits beim sanften Anstieg aus der Altstadt Goslars beginnt in diesem Sinne eine Art preußischer Geschichtsunterricht für den Betrachter. Ein edles Roß auf dem Kaiser Friedrich I., genannt Barbarossa (um 1122-1190), heutiger Wohnsitz Kyffhäuser, in

bemerkenswerter Pose reitend, fällt da zuerst in den Blick. Den Namen des Kaisers hat Hitler im Sinne seiner geschichtsbezogenen Propaganda benutzt und hat den Angriff auf die Sowjetunion 1941 Unternehmen Barbarossa genannt. Die Legende sagt, dass der Staufer seine Höhle erst wieder verlassen wird, wenn es den Deutschen schlecht geht. Da er bislang nicht wiedergekommen ist, schließe ich daraus, dass es den Deutschen in mehr als 800 Jahren stets gut gegangen sein muss. Wie auch immer, für die preußische Geschichtsschreibung war der mittelalterliche Herrscher der Mann, der sich wie kein anderer darum bemüht hat, das Reich auf der Basis christlicher Normvorstellungen zusammenzuhalten. Und genau darum ging es auch Preußen: Nämlich die Zusammenführung des Reiches, natürlich unter preußischer Führung und unter Ausschluss des habsburgischen Österreich. Dass sich die Hohenzollern als Vorzeigekaiser ausgerechnet Friedrich I. Barbarossa ausgesucht haben ist nicht wirklich erstaunlich. Sein Vetter, der braunschweigische Herzog Heinrich der Löwe, der sich geweigert hatte, dem Kaiser Gefolgschaft zu leisten, galt in national gesinnten Kreisen Preußens stets als opportunistischer und nationale Interessen missachtender Despot. Er hatte sich, so die preußische Darstellung, einem Kaiser widersetzt der bemüht war, die Einheit des Reiches zu wahren. Und diese Zielsetzung beanspruchten die Preußen auch für sich. Darüber hinaus gehörte Heinrich der Löwe dem Welfenhaus an, dessen hannoversche Truppen man in der Schlacht von Langensalza im Jahr 1866 gerade besiegt hatte. Die Restauration der verfallenen goslarischen Kaiserpfalz hat Kaiser Wilhelm I., den die Berliner wegen seiner Bereitschaft, die Märzdemonstranten des Jahres 1848 mit Nägeln gefüllten Artilleriegeschossen nieder zu machen als „*Kartätschenprinz*“ bezeichneten, nicht auf die lange Bank geschoben. Die Preußen hatten es mit der Zurschaustellung vor der Kaiserpfalz eilig und begannen bereits 1868, also unmittelbar nach ihren Siegen über Hannover und Österreich, mit ihren Arbeiten.

Ob es jedoch klug war, eine optische und damit zugleich betont historische Parallele zwischen Wilhelm I., dem sie auf dem Sockel der Reiterstatue noch schnell den Beinamen „der Grosse“ verliehen, und Barbarossa zu ziehen, ist heute jedoch fraglicher denn je. Friedrich I. ist nämlich als staufischer Kreuzzugsfahrer auf dem Weg nach Jerusalem in einem winzigen, ausgerechnet auch noch türkischen Rinnsal mit Namen Saleph, das noch nicht einmal mit dem bescheidenen hannoverschen Flüsschen, der Leine hätte konkurrieren können, im Jahr 1190 ziemlich unspektakulär ertrunken. Von einem als urdeutsch historisierten Stauferkaiser hätte man eigentlich erwarten können, dass er sich, wenn er nun schon partout ertrinken musste, was ja für sich genommen schon reichlich unheroisch ist, dafür wenigstens den Vater Rhein, oder das Deutsche Eck bei Koblenz ausgesucht hätte, aber doch nicht ein Bächlein in Anatolien, das heute auch noch zu allem Überfluss zum Herrschaftsbereich Erdogans gehört.

Dass die beiden stolzen kaiserlichen Reiter links und rechts der Kaiserpfalz ausgerechnet von jeweils einem welfischen Löwen bewacht und optisch in Schach gehalten werden, verfällt der Ironie der Geschichte, denn der welfische Löwe vom Domplatz in Braunschweig hätte zumindest Barbarossa ganz sicher lieber gern verspeist, anstatt auf das Wohlergehen ausgerechnet eines Herrschers acht zu geben, der Heinrich dem Löwen die Herzogtümer Sachsen und Bayern entzogen hat. Die Frage, was den Künstler zu dieser Darstellung bewog, bleibt auf seltsame Weise, wie so vieles andere auch, im Dunkel hohenzollernscher Geschichtsschreibung.

Anrede,

Die Konrad Adenauer Stiftung hat es für richtig gehalten, diese Veranstaltung auf den 9. November zu legen. Eine ohne Zweifel kluge Entscheidung, denn dieser Tag ist ein Schlüsseldatum der deutschen Geschichte. An ihm können wir in besonderer Weise festmachen, wie mühsam, holprig, widersprüchlich und oft genug auch blutig der Weg war, der zu einem Gemeinwesen führte, dessen Freiheit und Wohlstand für viele inzwischen zu einer banalen Selbstverständlichkeit geworden zu sein scheint, obwohl er alles andere als dies ist.

Der 9. November steht für die jubelnden jungen Menschen auf der gefallenen Berliner Mauer im Jahr 1989 genauso, wie für die brennenden Synagogen in den Städten Deutschlands 1938, die das Grauen von Auschwitz und Bergen-Belsen signalisierten. Das Datum steht für eine Nation zwischen Goethe und Goebbels, zwischen Schiller und Streicher, zwischen Bach und Himmler und zwischen Dürer und Heydrich. Es ist noch heute die enorme Spannweite der Gefühle und Empfindungen mit der vor allem jene fertig werden müssen, die Deutschland lieben und es als ihr Vaterland betrachten, zu denen ich mich zähle. Es ist die Ambivalenz zwischen kultureller Höchstleistung und tiefstem ethischen Versagen, die uns bis heute, über 70 Jahre nach dem Ende eines schrecklichen Krieges, immer noch zu schaffen macht. Eines Krieges, dessen physische und psychische Wirkungen die Gründungsversammlung der CDU im Jahr 1950, auf der verzweifelten Suche nach einem Ausweg in besonderer Weise kennzeichnete.

Wichtig ist auch künftig, dass Christdemokraten bereit bleiben, die tiefe Widersprüchlichkeit unserer Geschichte nicht zu verleugnen, denn Vergangenheit vergeht nicht, im Gegenteil, sie wird uns immer wieder einholen, wenn wir sie unbearbeitet liegen lassen. In der Akzeptanz der Wirklichkeit des Geschehenen lag und liegt auch künftig die eigentliche Chance und Quelle eines Neuanfanges, der das Sterben der Erschossenen, Vergasteten, Zerbombten und Erhängten am Ende nicht sinnlos werden lässt. Zu ihnen zählt übrigens mein Vater im Alter von 27 Jahren.

Das Datum des 9. November verbindet sich aber nicht erst mit dem Jahr 1938 sondern bereits mit dem leicht vergessenen Jahr 1848. Als Leiter einer Delegation des Frankfurter Paulskirchenparlaments, das sich auf der Basis der ersten deutschlandweiten Wahl konstituiert hatte, reiste der Abgeordnete Robert Blum nach Wien, um den Demokraten, die sich in einem offenen Kampf mit der alten Obrigkeit befanden, eine Sympathieadresse zu überbringen. Blum wurde festgenommen, zum Tode verurteilt und standrechtlich erschossen. Sein Tod kennzeichnet den bewussten Bruch der in Österreich siegreichen Reaktion mit der Frankfurter Nationalversammlung. Sein Tod war die Vorwegnahme des vorläufigen Scheiterns der Demokratie in Deutschland, die bis 1945 fatale Folgen haben sollte.

Der zweite historisch bedeutsame 9. November ereignete sich im Jahr 1918. Er bezeichnet den Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik. Es war der erste Tag einer letztlich nicht lebensfähigen Demokratie. Die tiefe Zerrissenheit nach dem Ersten Weltkrieg wird schließlich daran deutlich, dass die Republik gleich zweimal ausgerufen wurde: Zum einen durch den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann vom Reichstag aus, dem es nach der Beendigung der Monarchie um die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie ging; ein weiteres Mal durch Karl Liebknecht vom Berliner Stadtschloss aus, der die Errichtung Räterepublik nach sowjetischem Muster anstrebte.

Der dritte 9. November ereignete sich 1923 und warf bereits die düsteren Schatten des Jahres 1933 voraus. Im Münchner Bürgerbräukeller versuchten Hitler und Ludendorff gegen die Republik zu putschen. Der Versuch scheiterte und im Lichte der Machtübernahme Hitlers wurde der Putsch, so wie bei Diktatoren üblich, zu einer heroischen Niederlage auf dem Weg zur Macht umgedeutet. Es folgte in diesem Sinne 1926 abermals ein 9. November, an welchem die SS mit der Betreuung der sogenannten „Blutfahne“ beauftragte wurde, die die Putschisten 1923 mit sich geführt hatten und die gleichsam zu einer Art nationalsozialistischer Ikone hochstilisiert wurde.

Der letzte und für uns Deutsche ohne Zweifel erfreulichste 9. November fand im Jahr 1989 statt. Man mag die Union kritisieren, man mag ihre politischen Überzeugungen ablehnen, alles dies ist in einem Staat ausdrücklich erlaubt, dessen freiheitliche Strukturen die Union stärker geprägt hat als jede andere Partei. Spätestens aber am 9. November 1989 ist sie zur bedeutendsten demokratischen Partei der Bundesrepublik Deutschland geworden, denn sie hat am Grundsatz der Freiheit für unsere Landsleute festgehalten, während andere die Menschen schon lange abgeschrieben hatten. Grund zur Selbstzufriedenheit ist dieser Vorgang für die Union heute dennoch nicht, denn vor allem junge Menschen erwarten von uns eher Antworten, die in die Zukunft weisen, als Verweise auf zurückliegende Erfolge, so bedeutsam diese auch sind. Darüber hinaus ist nicht ausgemacht, ob die Erfahrung der Älteren für die Gestaltung der Zukunft wichtiger ist als die Aufgeschlossenheit und Unbefangenheit der Jugend.

Gleichwohl darf daran erinnert werden, dass es in bestimmten Kreisen Westdeutschlands geradezu als schick galt, freundschaftlich mit Diktatoren zu verkehren, gleichgültig ob in der DDR, in Polen oder auf Kuba. Jene, die dazu nicht bereit waren, wurden als die Rückständigen und Hinterwäldler gebrandmarkt, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden hätten. Ich weiß wovon ich rede, denn 1989 war Gerhard Schröder Ministerpräsident und ich war Oppositionsführer im Niedersächsischen Landtag. Die Debatten können Sie in den Protokollen des Parlamentes nachlesen, ich will sie uns heute ersparen.

Ein ganz anderes Kapitel ist die Frage, ob wir mit jenen immer angemessen umgegangen sind, die vier Jahrzehnte östlich von Mauer und Stacheldraht leben mussten und auf diese Weise die eigentlichen Verlierer des zweiten Weltkrieges waren. Sie gewannen in der Folge des 9. November 1989 die Freiheit, aber sie mussten zeitgleich den Ausverkauf ihrer nicht mehr konkurrenzfähigen Wirtschaftsbetriebe und die Entvölkerung ganzer Landstriche erleben und haben oft genug erfahren, dass ihre Lebensleistung auf subtile Weise diskreditiert wurde. Aus diversen Gesprächen weiß ich, dass es vielen Menschen zwischen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern weniger um Geld, sondern vor allem um einen Mangel an Wertschätzung ging und geht.

Die größte friedliche Revolution der Menschheitsgeschichte ist jedenfalls weniger von jenen Westdeutschen ausgegangen, die heute als Eigentümer ostdeutscher Betriebe im Handelsregister eingetragen sind, sondern vielmehr von tapferen und mutigen Menschen, auf die wir gemeinsam stolz sein sollten. Dabei dürfen wir jene nicht vergessen, die einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg beigetragen haben, aber heute kaum noch Erwähnung finden, nämlich unsere Kirchen. Maßgebliche Protagonisten des Aufstandes gegen die SED-Diktatur waren jedenfalls Pastoren und Priester, die über Jahre hinweg unter Inkaufnahme

persönlicher Nachteile eine Art Speerspitze des Widerstandes bildeten. Wir sollten diese historische Tatsache aus vielen Gründen nicht in Vergessenheit geraten lassen.

Anrede,

wer das heute zu behandelnde Thema grundsätzlich bearbeiten will, kommt um eine Retrospektive nicht herum, zumal sich das „C“ im Parteinamen der Union maßgeblich aus den Ereignissen des 2. Weltkrieges, dem Kulturbruch der Nationalsozialisten, dem physischen Totalzusammenbruch Deutschlands und den Erfahrungen mit dem Holocaust erklärt. Einer der genau wusste, in welchem Zustand sich das Land und die Menschen befanden, einer der sich über die Dimension der psychischen Schäden im Klaren war, einer dessen Tod sich am 19. April diesen Jahres zum 50. Mal jährte, war Konrad Adenauer. Er hat am 24. März 1946, in einer Rede in der Aula der Universität Köln, die Ausgangssituation des zertrümmerten Deutschland eindrucksvoll beschrieben. Er sagte:

***„Wie war dieser Absturz des deutschen Volkes bis ins Bodenlose möglich? Und wie trägt jetzt das deutsche Volk sein furchtbares Geschick: Hunger und Kälte, Not und Tod, ein Leben einstweilen ohne jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft, in völliger politischer Machtlosigkeit, verachtet von allen Völkern der Erde!“*** Zitat Ende.

Kein Zweifel, es gibt auch heute noch ernste Probleme die auf eine Lösung warten, aber wenn ich mich in die Lage der Menschen des Jahres 1946 versetze, wirken die Klagelieder unserer Zeit auf mich zuweilen peinlich. Zumindest belegen sie, dass viele unserer Landsleute offensichtlich zu schnell vergessen haben woher wir Deutschen einmal gekommen sind und wie alles angefangen hat.

Heute blicken wir auf über 70 Jahre Frieden zurück. Ein Zustand, den es in den letzten 1.000 Jahren Deutscher Geschichte nicht gegeben hat. Wir blicken zurück auf die Tatsache, dass wir mit allen Nachbarstaaten in Freundschaft leben. Wir blicken zurück auf ein geeintes Land, in dem sich die gigantischen Trümmerberge des zweiten Weltkrieges in zumeist blühende Städte und Dörfer verwandelt haben und wir blicken zurück auf ein Land, in welchem es, trotz mancher Probleme noch nie so viel Wohlstand und Freiheit gab wie heute. Viele Millionen Menschen würden ihre Probleme jedenfalls sehr gern gegen unsere eintauschen. Und auch die neuesten Wirtschaftsdaten beweisen, dass die politisch Verantwortlichen nicht ganz so dumm sein können, wie sie oftmals gemacht werden.

Ein Grund für die geradezu paranoide Unzufriedenheit scheint mir in Deutschland maßgeblich darin zu bestehen, dass viele verlernt haben, auch einmal dankbar zu sein für eine Entwicklung, von der unsere Väter und Mütter und Großväter und Großmütter nicht zu träumen gewagt hätten. Die Erinnerung daran, wie alles begonnen hat, ist aus vielen Gründen wichtig. Sie schützt uns nämlich davor, nicht kopflos und vor allem nicht maßlos zu werden.

Wichtig ist, dass es uns gelingt, das Errungene für jene zu erhalten, die nach uns kommen. Und deshalb ist es vor allem notwendig, dass die Demokraten dieses Europa zusammenhalten. Man kann es drehen und wenden wie man will, ein geeintes Europa ist der beste Schutz vor Entwicklungen, die wir eigentlich hinter uns gelassen glaubten. Wie blind muss man eigentlich sein um zu meinen, dass wir den großen Problemen der Klimaproblematik, der internationalen Kriminalität, der Globalisierung, des Terrorismus und der massenhaften Armut auf anderen Kontinenten durch Abschottung, Egoismus,

Nationalismus und Populismus besser entgegenwirken können als durch Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe. Zuweilen ist es bedrückend, dass auch die **offensichtlichsten Lehren der Vergangenheit** bei manchen unserer Landsleute so wenige Früchte tragen!

Ein großer Niedersachse, der Verfolgung und politische Pression am eigenen Leib kennengelernt hat, der Dichter unserer Nationalhymne Hoffmann von Fallersleben hat einmal geschrieben: „*Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht*“. Allerdings, meine Damen und Herren, lassen Sie es mich offen sagen: Im Fernsehsessel lässt sich dieser Kampf nicht gewinnen, denn wer die Erhaltung unseres Wohlstandes sowie den Schutz und die Ausgestaltung einer freiheitlichen Ordnung ausschließlich anderen, im Zweifel allein „den Politikern“ zuordnet, hat Demokratie nicht wirklich verstanden. Der englische Schriftsteller und Philosoph Edmund Burke hat einmal gesagt: „*Für den Triumph des Bösen reicht es, wenn die Guten nichts tun.*“ Recht hat er gehabt.

Anrede,

die Gegebenheiten auf unserer Erde haben sich in wenigen Jahrzehnten extrem verändert. Pest, Lepra und Cholera, im Mittelalter und der Frühen Neuzeit Geißeln der Menschheit, gelten heute, zumindest in Europa, als besiegt und ein Student der Mathematik im zweiten Semester an meiner Universität, der Georgia Augusta in Göttingen, kann in diesen Tagen über die Erkenntnisse von Isaac Newton nur müde lächeln. Während noch unsere Vorfahren vor wenigen Jahrzehnten Blitz, Donner und Hagel für Zeichen der Unzufriedenheit unseres Herrgottes mit seinen irdischen Schäfchen hielten wissen wir heute, dass diese Phänomene naturwissenschaftlichen Ursprungs und damit zugleich plausibel erklärbar sind. Während Goethe in seiner Liebeslyrik noch mit verklärtem Blick zum Mond sein durch die Trennung von der Geliebten verursachtes Leiden zu mildern versuchte, ist in unseren Tagen auch für Halbgebildete klar, dass diese leuchtende Himmelsscheibe nichts anderes ist als ein ziemlich ödes und zutiefst unerotisches Gestein. Für auf Zweisamkeit ausgerichtete emotionale oder gar sexuelle Implikationen taugt es jedenfalls nicht, da bin ich mir sicher.

Während Marco Polo für seinen Trip in den Fernen Osten noch viele Jahre benötigte, erledigen wir dies heute in wenigen Stunden. Jeder Winkel unseres schönen blauen Planeten ist, mit Ausnahme von Nordkorea, prinzipiell in wenigen Stunden erreichbar. Ein Urlaub im bayrischen Wald oder im Vinschgau an der Etsch, von einer Wanderung im Harz oder im Deister will ich gar nicht erst reden, gelten in manchen Kreisen bereits als spießig. Um bei Freunden und in der Nachbarschaft Eindruck zu machen, muss es da mindestens schon die AIDA, natürlich mit Außenkabine sein. Unsere Erde ist klein geworden und die Folge ist, dass sich die Kulturen künftig immer häufiger und intensiver begegnen werden.

Ja, wir leben in einer Welt der Antagonismen. Noch nie in der Menschheitsgeschichte waren die Widersprüche einer Epoche größer und zuweilen auch bedrückender als heute. Während die meisten Deutschen darüber klagen, dass ihre Sparguthaben kaum noch verzinst werden, sterben laut Bericht der UNESCO zeitgleich jährlich 6 Millionen Kinder auf der Welt weil sie nichts zu essen haben. 60 Millionen Menschen sind täglich auf der Flucht und das Mittelmeer, auf dem die Kreuzfahrtschiffe ihre Kreise ziehen, ist zu einem Massengrab geworden. Kein Zweifel, der Mensch hat beachtliche, ja geradezu sensationelle Fortschritte gemacht, aber die technische und naturwissenschaftliche Weiterentwicklung ist leider nicht einhergegangen mit einem spürbaren Fortschritt an Menschlichkeit. Die Raketen unserer Wissenschaftler fliegen inzwischen über unser Sonnensystem hinaus. In der Medizin werden

künstliche Herzen verpflanzt und ein neues Hüft- oder Kniegelenk gehört in meiner Tennismannschaft schon fast zum Pflichtprogramm. Unsere Fähigkeit aber, den Mitmenschen neben uns in seiner Andersartigkeit zu respektieren und seine religiöse Überzeugung zu achten, ja, dieser Fortschritt scheint an uns Menschen irgendwie vorbeigegangen zu sein.

Es gibt also viele Gründe, auf den eingangs erwähnten Kompass zu schauen und zu prüfen, ob die eingeschlagene Richtung immer noch stimmt oder ob sie, auf der Basis unserer Grundüberzeugungen, korrigiert werden muss. Wer allerdings dafür plädiert, besagten Kompass durch die Winde des Zeitgeistes zu ersetzen, läuft sehr schnell Gefahr, in einen Tsunami der Unkenntlichkeit zu geraten.

Anrede,

*„Christliche Werte als Richtschnur politischen Handelns?“*

Diese fragende Überschrift ist den Themenstellern der Konrad Adenauer-Stiftung nicht zufällig über den Schreibtisch gelaufen. Sie basiert offensichtlich auf einer Stimmung, die seit geraumer Zeit nach dem Konservativen und dem vermeintlich Vertrauten in der Union verlangt und mündet schließlich in der Forderung, die Partei müsse, um wieder größeren Erfolg zu erzielen, weiter nach rechts rücken und wieder konservativer werden. Ich sträube mich als ehemaliger Parlamentspräsident dagegen, die Welt von heute in die politische Gesäßgeographie der Französischen Revolution zu zwingen. Ich lasse mich gleichwohl auf sie ein, um unsere kostbare Zeit nicht mit Interpretationsversuchen zu vergeuden, denn zwischen politisch „rechts“ und politisch „konservativ“ besteht wissenschaftlich ein gravierender Unterschied. Einige Diskutanten bemerken in diesem Zusammenhang inzwischen gar nicht mehr, dass sie die Grenze zwischen „konservativ“ und „reaktionär“ bereits überschritten haben.

Ich selber habe die Widersprüchlichkeit dieser begrifflichen Zuordnungen hautnah erlebt. Im Jahr 2006 veranstalteten die hannoverschen Burschenschaften, Corps und Verbindungen im Rahmen des Jubiläums der Leibniz-Universität ein gemeinsames Gedenken. Der Kuppelsaal der Stadthalle Hannover war mit über 1.500 Besuchern und Besucherinnen voll besetzt. Wochen zuvor haben mich linksorientierte Kreise in der Landeshauptstadt als „Rechten“ öffentlich beschimpft, weil ich zugesagt hatte, bei dieser Gelegenheit die Festrede zu halten. Sie forderten mich in Presseaufrufen mehrfach auf, meine Zusage zurückzuziehen, was ich selbstverständlich nicht tat. Unter Polizeischutz ist es mir schließlich gelungen, meine Rede störungsfrei vorzutragen.

Wenige Tage zuvor hatte ich auf einer Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Nähe von Hannover, aus Anlass des 1. Mai-Feiertages, eine entsprechende Rede gehalten, was einige Medienvertreter dazu bewog, mich als „Linken“ zu katalogisieren. Sie sehen, so schnell verschwindet man politisch mal in der einen und mal in der anderen Schublade unserer medial orientierten Welt.

Wie auch immer, in diesem Kontext muss die Frage erlaubt sein, wann die CDU unter welchen Umständen wohin rücken soll? Wenn sie, so die Meinung einiger Kritiker, heute nach rechts rücken sollte, müsste ja eigentlich auch definiert werden, wann sie unter welchen Umständen wieder einmal nach links zu rücken genötigt sein könnte? Die CDU als latente „Rückepartei“, als eine Gemeinschaft, die ständig auf der Reise nach Jerusalem ist und sich

ausschließlich darauf konzentriert, ja nicht den letzten Stuhl zu verpassen? Nein, die CDU war eine Partei der Mitte und deshalb bin ich ihr vor langer Zeit beigetreten. Und das, was sie im Kern war und sich in dem Begriff des „christlichen Menschenbildes“ ausdrückt, muss sie auch im Kern bleiben, alles andere wäre nicht nur eine Verleugnung ihrer Vergangenheit und ihrer Grundsätze sondern darüber hinaus auch politisch lebensgefährlich. Wem die Union zu wenig rechts oder zu wenig links ist, der hat in Deutschland eine große Auswahl an Parteien in denen er sich engagieren kann. Die Union hingegen war immer erfolgreich, wenn sie in der Lage war, auf der Basis ihrer Grundüberzeugungen eine pragmatische und verlässliche Politik zu betreiben, die sich an der Lebenswirklichkeit der Menschen ausrichtet. Dietrich Bonhoeffer hat uns in diesem Zusammenhang in seinem Werk „Ethik“ einen Ratschlag hinterlassen in dem er schrieb: *„Nur an der Wirklichkeit teilnehmend haben wir teil am Guten.“* Die Welt so zu nehmen wie sie ist und nicht so, wie wir sie gern hätten, genau das ist unsere Aufgabe. Wer, je nach tagespolitischer Opportunität heute hierhin und morgen dorthin rückt ist alles Mögliche, aber sicher nicht klug noch verlässlich. Verlässlichkeit aber war im Kern immer ein Markenzeichen der Union und genau dies muss es auch künftig bleiben.

Gleichwohl, ich habe den Eindruck, dass in der Forderung nach einer Kurskorrektur der CDU im Kern etwas ganz anderes steckt als der Wunsch nach einem konkret definierbaren Politikwechsel. In vielen Gesprächen habe ich gelernt, dass Menschen große Probleme mit der fortschreitenden Komplexität des Lebens, einer extremen Veränderung der Arbeitswelt und den Folgen der Globalisierung und Digitalisierung haben. Bestimmte politische Abfolgen und Verzweigungen können viele kaum noch nachvollziehen, geschweige denn innerlich verarbeiten. Genau aber in einer solchen Gefühlslage strömten viele tausend Flüchtlinge in unser Land, die als zusätzliche Bedrohung ihrer Lebensweise und materiellen Basis empfunden wurden. Verschlimmert wurde diese Empfindung durch den partiellen Kontrollverlust an unseren Grenzen, den sich gerade ein freiheitlich orientierter Staat nicht leisten darf, wenn er nicht Gefahr laufen will, dass aus einem Kontrollverlust ein Vertrauensverlust seiner Bürger werden soll. Ob das vermeidbar war oder eher nicht, will ich bei dieser Gelegenheit nicht untersuchen. Wichtig ist, dass wir künftig eine Balance zwischen unserer Hilfsbereitschaft und der notwendigen gesellschaftlichen und politischen Stabilität unserer Demokratie finden.

Der größte Fehler auf die zugegebenermaßen oftmals diffusen Empfindungen vieler Menschen war nach meinem Eindruck, dass nicht wenige Politiker und Medienvertreter deren Besorgnisse sofort und unmittelbar auf den Scheiterhaufen der Argumente warfen, um sie in die Ecke von Ausländerfeinden zu stellen. Genau aber dort sind leider viele von ihnen stehen verblieben und haben sich gegen die moralischen Rohrstöcke gewehrt, indem sie die AfD mit einem veritablen Wahlergebnis ausgestattet haben. Boris Palmer, Oberbürgermeister der Universitätsstadt Freiburg und Mitglied der Partei Bündnis 90/ Die Grünen hat ein Buch mit dem Titel „Wir können nicht allen helfen“ geschrieben<sup>1</sup>. Seiner Feststellung ist Recht zu geben, aber sie darf im Umkehrschluss nicht zu der gegenteiligen Reaktion einer Totalverweigerung führen.

Politik muss, so leid es mir tut, künftig noch mehr leisten als „nur“ vernünftige Entscheidungen zu fällen; sie muss eingehender als bisher auch die **innere Befindlichkeit**

---

<sup>1</sup> Boris Palmer: Wir können nicht allen helfen. München 2017.



derer bedenken, in deren Auftrag sie ihre Mandate wahrnehmen. Ich weiß sehr gut, dass die emotionale Befindlichkeit bei diffizilen Sachverhalten nicht den letzten Ausschlag geben darf, gleichwohl sollten wir diesen Gesichtspunkt nicht einfach beiseitelegen. Nach 34 Parlamentsjahren kann ich allerdings gut einschätzen wie schwer dies alles im politischen Alltag ist.

Aus dem zuvor geschilderten Gefühl der Bedrohung entstand schließlich die Sehnsucht nach dem vermeintlich besseren Gestern, nach ein bisschen mehr „Deutschsein“ und dem Wunsch nach gesellschaftlicher Geborgenheit. Im Übrigen, die sozialistische Gesellschaft der DDR hat vieles nicht vermocht, aber Geborgenheit in Unfreiheit hat sie gleichwohl vermittelt. Und zumindest das erstere vermissen heute viele unserer Landsleute zwischen Dresden und Schwerin. Viele hören es gern wenn Herr Gauland erklärt „*Wir holen uns unser Land und unser Volk zurück*“. Völkischer hätte es Joseph Goebbels übrigens auch nicht ausdrücken können, aber gefährlicher eben auch nicht, denn es suggeriert die Möglichkeit der Wiederherstellung vergangener, vermeintlich überschaubarer und in diesem Sinne geordneter Zeiten und vermittelt den Eindruck, dass dies auch heute wieder möglich sei, wenn es die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker nur ernsthaft genug wollten.

Anrede,

insbesondere in den sogenannten alten Bundesländern beziehen sich viele mit ihrem politischen Unwohlsein auf Konrad Adenauer, der sich selber ja auch als „*konservativ*“ bezeichnete und fordern eine Rückkehr zu den Inhalten, die der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland vertreten hat. Gerade aber Konrad Adenauer hat wie kein anderer durch sein politisches Wirken deutlich gemacht, was er unter „*konservativ sein*“ verstand. In seiner Rede, die er hier in Goslar am 20. Oktober 1950 hielt, legte er dar, was er meinte. Er betonte, dass seine Politik auf dem „christlichen Gedankengut“ basiert und eines seiner wichtigsten politischen Ziele die Schaffung einer gerechten sozialen Ordnung sei. Sodann nahm er Bezug auf Heraklit und erklärte: „*Nichts ist dauerhaft auf Erden, alles fließt.*“ Folgerichtig hat er das Überkommene geprüft. Das Ergebnis war, dass der konservative Kanzler keine einzige Anleihe aus dem deutschen Politreservoir der Vergangenheit tätigte. Weder die Außen- und Sozialpolitik des Kaiserreiches, noch die Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik und schon gar nicht die menschenverachtende Politik der Nazidiktatur dienten ihm als Vorlage. Dessen nicht genug, Adenauer hat gemeinsam mit Ludwig Erhard ein völlig neues und bis dato unerprobtes Wirtschaftssystem, die Soziale Marktwirtschaft, eingeführt und etwas mehr als zehn Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges die Wiederbewaffnung Deutschlands durchgesetzt. Die Begriffsdefinition „*konservativ*“, so wie sie heute in der Politikwissenschaft verstanden wird, passt auf Adenauer in vielerlei Hinsicht jedenfalls nicht. Richtig ist allerdings, dass man sich auf seine konsequente Politik der Freiheit und Westbindung verlassen konnte und das ist zugegebenermaßen nun doch wieder konservativ.

Die sympathische Sehnsucht jedenfalls nach einer heilen Welt ohne hektisches Getriebe, in der es immer gerecht zugeht, einer Welt ohne Frauengrabscher, einer Welt ohne Flüchtlinge, ohne Putins, Trumps und Erdogans, einer Welt, in der alle Menschen wenigstens so ähnlich sind wie wir Deutschen, mithin also eine Art deutschem Garten Eden, eine solche Welt **hat es nie gegeben und sie wird es auch nie geben.** Der polnische Schriftsteller Stanislaw Lec

hat diesen Themenkomplex einmal ganz einfach beschrieben indem er sagte: „**Wer den Himmel auf Erden sucht, hat in der Schule in Erdkunde gefehlt.**“

Anrede,

Veränderung und nicht Stillstand sind das Normale. Fortschritt muss immer gegen das Bestehende errungen werden, so war es und so wird es auch künftig bleiben, auch wenn uns dies nicht immer gefällt. Mancher jedenfalls, der sich heute als „**konservativ**“ bezeichnet, missversteht diesen Begriff gründlich. Konservativ sein bedeutet ja eben **nicht**, sich in der Vergangenheit zu verkrallen, um mit den Rezepten von gestern die Welt von morgen zu gestalten. Konservativ sein heißt vielmehr für das einzutreten, was immer gelten muss: Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit. Die Trägheit des Beharrems hat jedenfalls mit konservativ sein nichts zu tun und ist in Wahrheit genauso gefährlich, wie die unkritische Akzeptanz des Neuen oder die verromantisierte Wirklichkeit des Alten. Wer sich im Biedermeier verkrampft, dem wird der Sand der Geschichte jedenfalls schneller durch die Finger rinnen als ihm lieb ist. Und für diese Erkenntnis gibt es keinen besseren Zeugen als den alten Mann aus Röhndorf am Rhein.

Wichtig ist im Zusammenhang mit der Diskussion über das „C“, dass uns immer bewusst bleibt, dass wir Deutschen nicht das Stammpersonal des christlichen Gottes sind. Der Taufbefehl von Jesus von Nazareth lautet bekanntermaßen: „*Gehet hin in alle Welt und lehret **alle Völker** und taufet sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des Heiligen Geistes.*“ Er lautet also nicht, „*gehets hin zu den Deutschen und lehret sie usw.*“ Das bedeutet also, dass Jesus immer die ganze Welt im Blick hatte und nicht nur die Gebiete zwischen den Alpen und der Nordsee und dem Rhein und der Oder. Gottes Liebe und Güte wird durch keine Nationalität, keine Zollschranke, keine Hautfarbe und durch keinen Grenzzaun erfolgreich behindert und genau das finde ich wunderbar.

Dies gilt in Parenthese übrigens auch hinsichtlich der Behandlung von Flüchtlingen. Richtig ist, dass wir nicht das Leid der Menschen allein in Deutschland kompensieren können, aber es darf andererseits auch keinen Zweifel daran geben, dass wir das uns Mögliche möglich machen müssen. Menschlichkeit gepaart mit abwägender Vernunft sollten unsere Handlungen bestimmen. Für eine „C“ – Partei kann es darüber eigentlich keinen Streit geben. Im Übrigen geht die Gefahr für unsere christlich-abendländische Kultur, die in Diskussionen oft ins Feld geführt wird, heute weit weniger von anderen Religionen als vielmehr von Deutschen aus, die der Pflege der eigenen Kultur und Geschichte nur allzu oft gleichgültig gegenüber stehen. Vor wenigen Tagen, am 31. Oktober war dies auf unseren Straßen wieder zu besichtigen. Am Reformationstag sind viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger lieber mit leuchtenden Kürbisköpfen durch ihre Ortschaft gezogen um Halloween zu feiern, anstatt dem Gedenken eines Ereignisses Raum zu geben, das unsere Kultur wie kaum ein anderes fundamental geprägt hat, nämlich der Reformation.

Anrede,

gestatten Sie mir an dieser Stelle eine grundsätzliche Bemerkung: Die Christlich Demokratische Union ist keine Über-, Unter- oder Nebenkirche. Sie ist eine politische Partei, deren Auftrag dort endet, wo die Transzendenz, also das, was über unser Leben hinausgeht, beginnt. Die Grundlagen dieser Partei manifestieren sich jedoch in den ethischen Orientierungen und Grundeinsichten des Christentums und damit im christlichen Menschenbild, was folgerichtig bedeutet, dass auch Nichtchristen Mitglied dieser Partei

werden können. Dieser Umstand trifft im Übrigen auf etwa 20% der heutigen Mitglieder der CDU zu.

Wenn das „C“ im Namen der Christlich Demokratischen Union in diesem Sinne nicht nur eine historische Reminiszenz oder parteipolitische Dekoration sein soll, ist es immer wieder und nicht nur nach unerfreulichen Wahlergebnissen notwendig, den Blick auf den Kompass unserer politischen Kursbestimmung zu werfen und diese mit den Grundsätzen, die sich aus dem „C“ ergeben, abzugleichen. Ein Blick übrigens, der Selbstkritik einschließt und nicht nur dann geschärft werden sollte, wenn die Zeiten einmal besonders schwierig sind. Denn schwierig werden sie sehr schnell vor allem dann, wenn man den Kompass zu lange unbeachtet gelassen hat.

Dabei ist es immer wieder bedeutsam darauf hinzuweisen, dass die Bibel ein Zeitdokument ist, das von Menschen, aber eben nicht von Jesus geschrieben wurde. Menschen, die von den gesellschaftlichen, geistigen und politischen Strömungen der hebräisch-jüdischen und griechisch-römischen Kultur vor allem des 1. und 2. Jahrhundert, wie könnte es anders sein, stark beeinflusst waren. Aber weder der Apostel Paulus noch die Evangelisten sind Jesus von Nazareth jemals persönlich begegnet. Keiner von ihnen konnte sich vorstellen, dass Christen jemals politische Verantwortung tragen würden.<sup>2</sup> Dieser wichtige Gesamtzusammenhang ist im Übrigen auch einer der Gründe dafür, dass wir die Christliche Theologie als Wissenschaft verstehen, die es an unseren Universitäten immer wieder neu zu entdecken und zu erforschen gilt. Der Islam hingegen besitzt im Gegensatz zum Christentum ein völlig anderes Theologieverständnis. Das bedeutet aber, dass die Bibel keine christliche Betriebsanleitung für ethisch orientierungslose Politiker ist und schon gar kein Tummelplatz für klerikale Fundamentalisten und Schwärmer. Im Gegenteil, wir nehmen uns heute Gott sei Dank die Freiheit, z.B. die Aussagen von Paulus über die Frauen (1. Korinther 11,7-10 und 1.Korinther 14, 34-36) anders zu beurteilen, als es der Apostel vor fast 2000 Jahren getan hat. Auch dies ist übrigens ein Ergebnis der Reformation, in welcher Luther den Gesichtspunkt der Vernunft eingeführt hat, den die Aufklärung schließlich weiter entwickelte. Wäre dies heute nicht so, könnten in der evangelischen oder anglikanischen Kirche z.B. Frauen als Pastorinnen nicht ordiniert werden, was ich als einen schweren Verlust empfinden würde.

Anrede

Die Bibel äußert sich nicht über alles, aber insbesondere in den 10 Geboten und den Seligpreisungen gibt sie uns eine grundsätzliche ethische Orientierung, die politisch oft unbequem, aber gerade deshalb auch höchst bedeutsam ist. Sie zwingt Christen in der politischen Verantwortung immer wieder, ihr Handeln abzuwägen und innerlich zu rechtfertigen. Anders ausgedrückt konfrontieren uns die Seligpreisungen mit der politischen Dimension unseres Glaubens und machen uns auf einen Verantwortungszusammenhang aufmerksam, der sich auf das Gute **unter den Bedingungen unserer Welt bezieht**. Bonhoeffer formulierte dies so: „*christlich sein zu wollen ohne weltlich zu sein, oder weltlich zu sein ohne die Welt in Christus zu erkennen*“ ist eine Verleugnung der Offenbarung Gottes in Jesus Christus.<sup>3</sup> Die Messlatte, die Jesus im Zusammenhang mit

---

<sup>2</sup> Zitiert nach Rudolf Smend: Politik in der Bibel-Politik mit der Bibel. Der Präsident des Niedersächsischen Landtages. Niedersächsischer Landtag 1997, S. 24.

<sup>3</sup> Dietrich Bonhoeffer: Ethik. Gütersloh 1992, S. 43

seiner Predigt am Ufer des Sees Genezareth angelegt hat, ist hoch, ja, sogar sehr hoch und wir haben oft große Mühe, sie zu überspringen und nicht selten scheitern wir an eben dieser Höhe. Dennoch war und ist sie neben ihrer geistlichen Wirkung eine unverrückbare ethisch-weltliche Orientierung, die aus guten Gründen das entscheidende Fundament der CDU ist und bleiben muss.

Welche Werte sollten für Mitglieder der CDU in diesem Sinne schließlich von unverrückbarer Bedeutung sein? Ich erkenne fünf, die ich kurz beschreiben will:

Als erstes nenne ich die **Nächstenliebe**, die uns veranlassen sollte, den jeweils anderen so zu behandeln, wie wir selber behandelt werden wollen. Einer der bedeutendsten Philosophen, Immanuel Kant, hat mit seinem kategorischen Imperativ eine Anleihe bei Matthäus 7 Vers 12 genommen als er formulierte „*Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.*“ Dieses Prinzip ist heute die Basis der Kultur des Helfens und damit der Humanität in unserer Gesellschaft.

Als zweites ist es auch in seiner grundsätzlichen Bedeutung die **Menschenwürde**. Sie basiert auf der Überzeugung, dass der Mensch mit all seinen Stärken und Schwächen gleichwohl von Gott gewollt und geschaffen wurde. Daraus resultiert nicht nur der erste Satz unseres Grundgesetzes, sondern der Begriff Menschenwürde beschreibt die Gleichheit der Rechtsstellung aller Menschen und ist weitaus mehr als eine grundgesetzliche Dekoration.

Zum dritten geht es um die **Toleranz**. Der Begriff, gegen den die Kirche selber so oft verstoßen hat signalisiert, dass ich fähig sein soll, den anderen mit seiner kontroversen Überzeugung im wahrsten Sinne des Wortes „zu ertragen“. Die Toleranz ist insofern die Konsequenz, die sich aus der Gewissensfreiheit ergibt und z.B. auch unsere Kirchen dazu verpflichtet, das Evangelium „ohne menschliche Gewalt, sondern durch das Wort“ zu verkünden (Augsb. Bekenntnis Artikel 28). Die so verstandene Toleranz soll uns dazu befähigen auch jene zu achten, deren Überzeugungen und Lebensformen wir nicht teilen.

Viertens geht es um die, wie es Wolfgang Huber nannte, „**verantwortete Freiheit**“, die an das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft anknüpft und die Verantwortung für den Frieden, das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung in besonderer Weise hervorhebt. Freiheit also nicht im Sinne eines rücksichtslosen, egoistischen, willkürlichen Gebrauchs, sondern als individuelle und freiwillige Bereitschaft einen Beitrag zum Gelingen des Ganzen zu leisten.

Als letztes nenne ich das **Gemeinwohl**, das einfach ausgedrückt die aktive Bereitschaft zum Dienst am Nächsten und der Gemeinschaft meint.

Anrede,

Ich plädiere leidenschaftlich dafür, dass das „C“ im Parteinamen der Union wieder ein erfahrbares Markenzeichen wird, dass man der CDU bei dem was sie tut auch im Konkreten anmerkt. Das bedeutet z.B., dass die Union bereit sein muss, sich schwierigen Themen wie z.B. der Armutproblematik alter Menschen, einer gerechteren Einkommensverteilung und einer breiteren Bildungsbeteiligung bildungsferner Schichten zuzuwenden.

Anrede,

bevor ich Sie erlöse erzähle ich Ihnen noch eine kleine Geschichte die in treffender Weise deutlich macht, was ich meine. Sie handelt von einem armen ostpreußischen Bauern, der

vom preußischen Staat ein Stück Brachland geschenkt bekommen hat. Dieser Bauer arbeitete im Schweiß seines Angesichtes an einem kargen Stück Land. Er jätete Unkraut, pflügte und streute Mist. Nach einigen Jahren schlimmer Schuferei ist er dabei, die erste Ernte einzubringen, als just in diesem Moment der Ortspfarrer an seinem Acker vorbei kommt. Der Pfarrer bleibt stehen, schaut dem Bauer einen Augenblick interessiert zu und ruft zu ihm hinüber: „**Karl, du weißt aber doch, dass du diese Ernte dem Herrgott zu verdanken hast?**“ Der Bauer unterbricht seine Arbeit, überlegt einen Augenblick und ruft zurück:

„**Jawohl, Herr Pfarrer, das weiß ich wohl, aber sie hätten vor vier Jahren einmal das hohe Unkraut sehen sollen, als der Herrgott diesen Acker noch alleine bewirtschaftet hat.**“

Dieser arme Bauer zeigt uns auf beeindruckende Art und Weise das Problem unserer Zeit auf. Es gibt nämlich keinen Acker auf dieser Welt, auf dem das Unkraut nicht immer wieder zu wachsen versucht. Beseitigt wird es aber nicht durch aktives, zuweilen sogar geistreiches Jammern, sondern nur dadurch, dass wir als Christen im Großen wie im Kleinen selber Hand anlegen. Und es wäre schön, wenn auch viele Freunde und Mitglieder der CDU dabei wären.

Kurzum: Mein Wunsch ist, dass wir hinter der Überschrift „*Christliche Werte als Richtschnur politischen Handelns*“ kein Fragezeichen sondern ein weltaufgeschlossenes, zukunftsfähiges und kräftiges Ausrufungszeichen setzen und ansonsten bleiben was wir immer waren, eine auf Freiheit und Gerechtigkeit verpflichtete Partei der Mitte.